



Presseschau vom 29.05.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Corona-Ausschuss: "Es scheint nicht um ehrliche Aufklärung zu gehen"**

Die 33. Sitzung der Stiftung Corona-Ausschuss diente anlässlich des Jahreswechsels zum Rückblick und Ausblick in der Corona-Krise. Im Mittelpunkt standen rechtliche Aspekte im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen von Politik und Verwaltung und den neu entwickelten "Corona-Schutzimpfungen". ...

<https://kurz.rt.com/2j7l>

de.rt.com: **Blutgerinnsel nach AstraZeneca-Impfung**

Eine deutsche Forschergruppe hat nun erstmals eine Erklärung dafür gefunden, warum der AstraZeneca-Impfstoff häufiger als erwartet zu teilweise tödlichen Thrombosen führt. Durch die verwendeten Vektoren könnten verkürzte Spike-Proteine in die Blutbahn gelangen. ...

<https://kurz.rt.com/2j89>

snanews.de: **Nach Skandal um Luxus-Immobilien: „Black Lives Matter“-Mitgründerin tritt zurück**

Die US-amerikanische Aktivistin, Mitgründerin und Geschäftsführerin der Bewegung „Black Lives Matter“ Patrisse Cullors gibt ihren Posten nach sechs Jahren auf, wie sie am Donnerstag mitteilte. Zuvor war die 37-Jährige wegen Besitz von Luxusimmobilien im Wert von mehreren Millionen Dollar mit massiven Vorwürfen konfrontiert worden. ...

<https://snanews.de/20210528/blm-mitgruenderin-tritt-zurueck-2287509.html>

de.rt.com: **Frankreichs für zusätzliche NATO-Milliarden**

Im Jahr 2019 hatte der französische Präsident Emmanuel Macron die NATO als "hirntot" bezeichnet. Im Februar schlug NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg vor, dass die Verbündeten mehr Geld direkt in die Allianz investieren sollen. Der Plan stößt auf Widerstand Frankreichs. ...

<https://kurz.rt.com/2j7r>

Anton Latzo: **US-Einflussnahme in Europa: Nicht Panik ist gefragt, wohl aber nüchternes Handeln**

Nicht nur an Infanterie rüsten die USA und ihre Verbündeten in Osteuropa auf. Raketenstellungen, Drohnenflugplätze, Infrastruktur für Militärfahrzeuge aber auch "wissenschaftliche Laboratorien" und der massive Einsatz von Propaganda dominieren die Außenpolitik von US-Präsident Biden. ...

<https://kurz.rt.com/2j35>

de.rt.com: **Israelische Armee prahlt mit "erstem KI-Krieg" – Gaza als Testgebiet neuer Waffentechnik?**

Den elftägigen Konflikt im Gazastreifen bezeichnet die israelische Armee (IDF) als "ersten KI-Krieg". Während die IDF geradezu damit prahlen, fortschrittlichste Computertechnologie zu verwenden, bleibt eine Reihe von Fragen offen – auch die nach kommerziellen Motiven.

...

<https://kurz.rt.com/2j84>

Dagmar Henn: **Ein hässlicher Herbst? Kinderimpfung und die möglichen Folgen**

Kaum verhüllter Zwang, so lassen sich viele Entwicklungen der deutschen Corona-Politik beschreiben. Jetzt richtet sich das Auge der Impfer auf Kinder und Jugendliche. Wenn sich die Entwicklung so fortsetzt, wie sie sich abzeichnet, wird dieser Zwang üble Folgen haben. ...

<https://kurz.rt.com/2j7d>

Leo Ensel: **Waffen an die Ukraine! – Robert Habeck oder die Reinkarnation des John McCain**

Da kommen Agnostiker und Atheisten schwer ins Grübeln: Wer plädierte da eigentlich vor ein paar Tagen so vehement für westliche Waffenlieferungen an die Ukraine? War es wirklich Robert Habeck? Oder vielleicht doch die Reinkarnation von John McCain? ...

<https://kurz.rt.com/2j8h>

abends/nachts:

de.rt.com: **Nach "Unerwünscht"-Einstufung deutscher NGOs: Petersburger Dialog sagt Treffen ab**

Der Vorstand des Petersburger Dialog e.V. hat am Freitag in einer Pressemitteilung das für Anfang Juli geplante Treffen in Moskau abgesagt. Grund sei die Deklaration zweier deutscher Mitgliedsorganisationen als "unerwünscht" durch Russland.

Der Vorstand des Petersburger Dialog e.V. hat am Freitag in einer Pressemitteilung das für Anfang Juli geplante Treffen in Moskau abgesagt. Grund sei die Deklaration zweier Mitgliedsorganisationen als "unerwünscht" durch Russland.

Die dortige Generalstaatsanwaltschaft hatte das "Zentrum Liberale Moderne", den "Deutsch-Russischen Austausch" und das "Forum Russischsprachiger Europäer" vor kurzem so eingestuft. Die beiden erstgenannten NGOs sind Mitglieder im Petersburger Dialog. Der Vorstandsvorsitzende des Petersburger Dialogs auf deutscher Seite, Ronald Pofalla, sagte:

"Die russische Regierung geht damit weiter auf Konfrontationskurs zum zivilgesellschaftlichen Dialog. Der Petersburger Dialog soll Brücken zwischen unseren Ländern bauen. Seinen Mitgliedern die Arbeit in Russland zu verbieten und mit drakonischen Strafen zu drohen, das werden wir nicht hinnehmen. Behinderung und Kriminalisierung der Nichtregierungsorganisationen haben ein unerträgliches Maß erreicht."

Bereits 2018 hatte Russland eine Mitgliedsorganisation des Petersburger Dialogs als "unerwünscht" eingestuft. Der jetzt erfolgte Schritt war allgemein als Reaktion des Landes auf die fortgesetzten und zum Teil verschärften Anfeindungen und Sanktionsdrohungen von westlicher Seite gewertet worden.

Ob dies das Ende des Petersburger Dialogs bedeutet, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschätzen. Der Verein erklärte weiter, dass er seinen Aufgaben nur dann nachkommen könne, "wenn alle seine Mitglieder nicht nur an den Gremiensitzungen, sondern an der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Partnern des anderen Landes teilnehmen können". Auch die für Oktober geplante Hauptversammlung in Königsberg (Kaliningrad) stehe somit in Frage.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b12ca8b480cc76a239aba5.jpg>

snanews.de: **Wanderwitz: Manche Ostdeutsche „nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen“**

Die Ostdeutschen neigen laut dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, nach wie vor stärker zur Wahl radikaler Parteien. Ihm zufolge ist nur ein geringer Teil der AfD-Wähler „potenziell rückholbar“.

„Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind“, sagte Wanderwitz dem „F.A.Z.-Podcast für Deutschland“.

Dem Ostbeauftragten zufolge gibt es einen Teil der Bevölkerung, der „gefestigte nicht demokratische Ansichten“ habe.

„Ein geringer Teil der AfD ist potenziell rückholbar, aber nicht besonders groß“, sagte Wanderwitz.

Man könne nur auf Bildungsarbeit setzen und „auf die nächste Generation“ hoffen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/19/652090_0:0:2048:1153_1440x0_80_0_0_5ac8fb2db747f1fa685d5464cbc339b3.jpg

wpered.su: **Zum Weltkindertag erhielt ein Donezker Schulkinderheim humanitäre Hilfe**
Heute, am 28. Mai, brachte die Leiterin der internationalen Abteilung der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja humanitäre Hilfe in das Donezker Schulkinderheim Nr. 1. Diese war von der Frauenorganisation und von deutschen Kommunisten gesammelt worden, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. „Die humanitäre Hilfe enthält Kleidung, Spielzeug, Lehrbücher, Haushaltschemie, persönliche Hygienemittel, Desinfektionsmittel. In dem Schulkinderheim sind etwa 200 Personen einschließlich des Personals, deshalb ist es sehr wichtig, prophylaktische Maßnahmen im Zusammenhang mit der erhöhten Infektionsgefahr durchzuführen. Außerdem benötigen die Schüler der Bildungseinrichtung Kleidung, besonders die Schüler der oberen Klassen, die im Sommer dieses Jahres ihren Abschluss machen werden“, erzählte Nadeshda Retinskaja.

Die Kinder dankten der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ und der Deutschen Kommunistischen Partei für die geleistete Hilfe.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/05/Internat-768x432.jpg>

de.rt.com: **Nach Zwangslandung von Ryanair-Flug in Minsk: Lukaschenko trifft sich mit Putin in Russland**

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko ist zu einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin nach Sotschi gereist. Gesprächsthema soll Berichten zufolge vor allem der Vorfall der Zwangslandung der Ryanair-Maschine am Sonntag in Minsk

gewesen sein.

Angesichts neuer EU-Sanktionen ist der weißrussische Staatschef Alexander Lukaschenko nach Russland gereist, um sich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu treffen. Zum Auftakt des Treffens am Freitag in Sotschi stellte er fest, dass die weißrussische staatliche Airline Belavia nach der Zwangslandung der Ryanair-Maschine am Sonntag durch EU-Maßnahmen bestraft wird, obwohl sie nichts mit dem Vorfall zu tun habe.

Die Fluggesellschaft hatte nach einer Entscheidung über Flugverbote ihre Verbindungen in die EU-Staaten einstellen müssen. Westliche Airlines sollen nun den weißrussischen Luftraum umfliegen.

Putin merkte an, dass es nach der Zwangslandung des Flugzeugs des bolivianischen Präsidenten Evo Morales im Jahr 2013 keine Reaktion des Westens gab und hob hervor: "Das Flugzeug des bolivianischen Präsidenten wurde zu Boden gebracht. Der Präsident wurde aus dem Flugzeug geholt und nichts, Stille."

Die bolivianische Maschine war damals unter US-Druck zu einer ungeplanten Landung in Wien gezwungen worden, weil angenommen wurde, der von den USA gesuchte Ex-Geheimdienstler Edward Snowden befände sich an Bord.

Die Konfrontation zwischen Weißrussland und dem Westen spitzte sich zuletzt zu, nachdem am Sonntag eine Ryanair-Passagiermaschine nach Minsk umgeleitet wurde, weil es nach Darstellung der weißrussischen Regierung eine Bombendrohung gegeben hat. An Bord des Flugzeugs befand sich jedoch der oppositionelle weißrussische Blogger Roman Protassewitsch, der von den weißrussischen Sicherheitsbeamten verhaftet wurde. Mit ihm wurde auch seine Freundin Sofia Sapega festgenommen, die russische Staatsbürgerin ist. Die EU erließ wegen des Eingriffs in den Luftverkehr neue Sanktionen gegen Minsk und forderte die Freilassung von Protassewitsch, Sapega und Hunderten anderen "politischen Gefangenen".

Lukaschenko selbst hatte Protassewitsch als "Terroristen" bezeichnet. Er warf dem 26-Jährigen vor, bei Kämpfen an der Seite ukrainischer Milizen im Konfliktgebiet Donbass Menschen getötet zu haben. Die Behörden der "Volksrepublik" Lugansk sprechen von mindestens sechs Menschen, die Protassewitsch getötet haben soll. Staatsmedien in Minsk kommentierten, dass der Aktivist deshalb und nicht wegen seiner Oppositionsarbeit festgenommen worden sei.

Obwohl Protassewitschs Familie die zu den Vorwürfen veröffentlichten Fotos als Fälschung und Teil einer Schmierenkampagne zurückweist, gab sein Vater bei einem Interview mit dem TV-Sender Nastojascheje Wremja jedoch zu, dass sein Sohn im Jahr 2014 im Donbass gekämpft habe. Zudem existieren [weitere Beweise](#) dafür, dass Protassewitsch dem neonazistischen Freiwilligenbataillon Asow angehörte, das sich im Donbass zahlreicher Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hat.

Lukaschenko teilte Putin mit, dass er Dokumente mitgebracht habe, die beweisen, wie versucht werde, die Lage in Weißrussland wie im August vergangenen Jahres zu destabilisieren. Damals gab es infolge der Präsidentschaftswahl Massenproteste, die unter anderem durch den Telegram-Kanal NEXTA organisiert wurden, der von Protassewitsch gegründet worden war. Putin hatte nach der umstrittenen Wahl Lukaschenko als Sieger anerkannt, die EU jedoch nicht.

Die weißrussische Opposition und der Westen forderten den Rücktritt Lukaschenkos und Neuwahlen. Nun hat die EU-Kommission einen Plan für ein drei Milliarden Euro starkes Unterstützungspaket für Weißrussland vorgelegt. Es soll aktiviert werden, "sobald Belarus einen demokratischen Übergang eingeleitet hat", wie die Brüsseler Behörde am Freitag mitteilte. Bereits beim EU-Gipfel Anfang der Woche war das Drei-Milliarden-Paket angesprochen worden, nun sollen die EU-Staaten darüber beraten.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte an die Behörden in Minsk gewandt: "Kein noch so großes Maß an Repression, Brutalität oder Zwang wird Ihrem autoritären

Regime irgendeine Legitimität verschaffen."

Zudem höre und sehe man den Wunsch des weißrussischen Volks nach Veränderung, Demokratie und einer guten Zukunft. Sobald in dem Land ein friedlicher demokratischer Übergang eingeleitet werde, werde die EU da sein, um diesen zu begleiten, so von der Leyen. Das geplante Hilfspaket soll etwa die wirtschaftliche Erholung des Landes fördern sowie Strukturreformen unterstützen.

Kurz vor dem Treffen Lukaschenkos mit Putin sorgten einzelne gestrichene Moskau-Flüge europäischer Fluggesellschaften für Verwirrung. Kremlsprecher Dmitri Peskow sprach am Freitag von "technischen Problemen", die beseitigt werden sollten. Der Flugverkehr zwischen der EU und Russland soll demnach ungeachtet des Streits mit Minsk ohne Behinderungen laufen.

Zuvor hatte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell gesagt, er wisse nicht, ob es sich um Einzelfälle handle oder eine allgemeine neue Regelung der russischen Behörden, um europäische Flugzeuge zu zwingen, über Weißrussland zu fliegen. Deutschland, das mit Russland wieder regulären Flugverkehr aufgenommen hatte, war von den Problemen nicht betroffen.

Russland soll europäischen Airlines vereinzelt alternative Routen – in Umgehung von Weißrussland – nach Moskau verwehrt haben. Nach Angaben der französischen Fluggesellschaft Air France musste am Freitag ein Flug aus Paris annulliert werden, nachdem bereits am Mittwoch eine Air France-Maschine ihren Flug abgebrochen hat, weil dieser über Weißrussland geführt hätte. Auch die Lufthansa-Tochter Austrian Airlines musste einen Flug absagen. Am Freitag konnte sie aber wieder von Wien nach Moskau fliegen.

Zu der umstrittenen Ryanair-Zwangslandung unterstützt Russland nach eigenen Angaben eine internationale Untersuchung. In den ersten Darstellungen Lukaschenkos, er habe wegen einer Bombendrohung aus der Schweiz gehandelt, gab es Widersprüche. Die Ryanair-Maschine war nämlich noch vor Eingang der Drohung umgeleitet worden, wie der E-Mail-Dienst Protonmail am Freitag im schweizerischen Genf bestätigte. Die angebliche Warnung, auf die sich Lukaschenko für die Umleitung der Maschine berief, wurde von einem Server dieses Dienstes versandt. ...



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b132deb480cc08e63ea106.jpg>

de.rt.com: Kremlsprecher Peskow: Aussetzung einiger EU-Flüge nach Russland "außerordentliche Situation"

Die Streichungen einiger EU-Flüge nach Russland infolge der Forderung der Union, den weißrussischen Luftraum über alternative Routen zu umfliegen, bewertet der Kreml als außerordentlich. Die Verwirrungen seien allerdings auf "technische Probleme" zurückzuführen, hieß es.

Grund für die jüngsten Störungen sei, dass es bei koordinierten Flugrouten auch strikt

festgelegte Zonen gibt, durch die man in den Luftraum des jeweiligen Landes einfliegen bzw. ihn verlassen darf, erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax. Die Regelung sei vor allem durch die Forderungen der Flugsicherheit bedingt, weswegen das Betreten des Luftraums durch nicht koordinierte Zonen nicht erlaubt sei.

Peskow sagte ferner:

"Wenn die Flugzeuge der Fluggesellschaften, die Weißrussland umfliegen, einen Anflug durch verschiedene nicht koordinierte Zonen beantragen, entstehen technische Probleme."

Da die Europäische Union im Zusammenhang mit dem Vorfall mit einer Ryanair-Maschine in Minsk solche Vorgaben erlassen hat und die Fluggesellschaften auf die Empfehlungen aus Brüssel gehört haben, seien solche technischen Pannen unvermeidlich, so der Kremlsprecher. Ihm zufolge arbeiten aber die Luftfahrtbehörden in diesen Tagen angestrengt daran, die Probleme zu beseitigen. Peskow fügte hinzu:

"Die Situation ist tatsächlich außerordentlich."

Der Kremlsprecher hielt es allerdings für unwahrscheinlich, dass sich die Unterbrechungen im Flugverkehr aus der EU nach Russland negativ auf die Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel auswirken würden. Zugleich erinnerte Peskow daran, dass Russland von Anfang an darauf bestanden habe, an den Vorfall sehr sorgfältig und ausgewogen heranzugehen, um die wirklichen Ursachen und die Chronologie der Geschehnisse zu ermitteln.

Am 23. Mai wurde eine Ryanair-Maschine auf einem Flug von Athen nach Vilnius für eine Zwischenlandung nach Minsk umgeleitet. Die Fluglotsen begründeten die Maßnahme mit einer Nachricht über einen Sprengsatz an Bord. Nach der Landung wurde die Maschine durchsucht. Sprengstoff wurde jedoch nicht gefunden, und das weißrussische Ermittlungskomitee leitete ein Strafverfahren wegen einer falschen Bombendrohung ein. Auf dem Flug befand sich Roman Protassewitsch, einer der Mitgründer des von Minsker Behörden als extremistisch eingestuften Telegram-Kanals Nexta. Im Rahmen einer Überprüfung der Passagiere wurden Protassewitsch und dessen Freundin von weißrussischen Strafverfolgungsbehörden festgenommen.

Als Reaktion auf den Vorfall einigte sich die Europäische Union am Dienstag auf neue Sanktionen gegen Minsk. Die Fluggesellschaften mit Sitz in der EU wurden infolgedessen aufgefordert, auf ihren Flugrouten den Luftraum über Weißrussland zu meiden. Sowohl die österreichische Fluggesellschaft Austrian Airlines als auch die französische Air France mussten daraufhin einzelne Flüge nach Moskau absagen, weil sie von den russischen Behörden zunächst keine Genehmigung für ihre Alternativrouten erhielten.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b0e2bb48fbef180b02896c.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **Doppelstandard des Westens: Russland sieht Wahlen in Syrien als wichtigen Schritt zur Stabilität**

Der russische Präsident Wladimir Putin gratulierte Baschar al-Assad zu seiner Wiederwahl bei den Präsidentschaftswahlen am 26. Mai in Syrien. Putin sicherte der syrischen Seite die Unterstützung bei der Bekämpfung des Terrorismus zu.

Der syrische Präsident Baschar al-Assad gewann die Präsidentschaftswahlen mit mehr als 95 Prozent der Stimmen. Er erhielt mehr als 13 Millionen Stimmen und setzte sich klar gegen zwei Herausforderer durch.

Der russische Präsident Wladimir Putin gratulierte Assad zu seiner Wiederwahl bei den Präsidentschaftswahlen am 26. Mai in Syrien. Dies geht aus einem Glückwunschtelegramm hervor, das am Freitag von der Pressestelle des Kremls veröffentlicht wurde, berichtet TASS. "Die Abstimmungsergebnisse haben Ihr immenses politisches Prestige voll und ganz bestätigt und auch das Vertrauen (Ihrer) Mitbürger in die unter Ihrer Führung verfolgte Politik, um die Situation in Syrien so schnell wie möglich zu stabilisieren und die staatlichen Institutionen zu stärken."

Putin unterstrich auch, "dass die russische Seite beabsichtigt, ihre syrischen Partner weiterhin umfassend bei der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus zu unterstützen und den Prozess einer politischen Lösung und die Erholung des Landes nach dem Konflikt zu fördern".

Moskau betrachtet die Präsidentschaftswahlen in Syrien, bei denen der amtierende Präsident Assad 95,1 Prozent der Stimmen erhielt, als "einen wichtigen Schritt zur Stärkung der inneren Stabilität", betonte das russische Außenministerium in einer Erklärung am Freitag.

Die Behauptung des Westens, die syrischen Präsidentschaftswahlen seien "unrechtmäßig", sei ein Beispiel für eklatanten politischen Druck auf Damaskus, teilte das russische Außenministerium in seiner Erklärung mit.

"Wir betrachten die Äußerungen einiger westlicher Hauptstädte zur Unrechtmäßigkeit der Wahlen, noch bevor sie abgehalten wurden, als ein Element des eklatanten politischen Drucks auf Damaskus und einen weiteren Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Syriens einzumischen, um es zu destabilisieren. Niemand hat das Recht, den Syrern zu diktieren, wann und unter welchen Bedingungen sie ihr Staatsoberhaupt wählen sollen."

Moskau sei entschlossen, die Souveränität Syriens weiter aufrechtzuerhalten und das vom Krieg heimgesuchte Land im Nahen Osten bei der Bewältigung der Folgen des bewaffneten Konflikts zu unterstützen, teilte das russische Außenministerium weiter mit.

Russland werde "weiterhin eine feste Politik verfolgen, die auf die Unterstützung der Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität Syriens abzielt und dem Land umfassende Unterstützung bei der Wiederherstellung der sozioökonomischen Infrastruktur und der Beseitigung anderer negativer Folgen der anhaltenden Folgen des anhaltenden Konfliktes bietet".

Im Vorfeld der Wahlen hatten westliche Medien und Regierungen etwa aus Frankreich, England, der Türkei und Deutschland die Präsidentschaftswahlen übereinstimmend als "Farce" abgetan.

In der neuen Folge von [Going Underground](#) sprach RT diesbezüglich mit der politischen Beraterin des syrischen Präsidenten, Buthaina Schaaban: "Es ist uns wirklich egal, was die britische Regierung oder die französische Regierung über unsere Wahl sagen." Solche Regierungen hätten den Terroristen geholfen, das Land zu zerstören. Nach zehn Jahren krieg gegen Syrien hätten die westlichen Medien in den Augen der meisten Syrer ihre Glaubwürdigkeit verloren, sagte Schaaban weiter.

Zur Beobachtung der Wahlen hatte das syrische Parlament 14 Staaten eingeladen.

Delegationen aus Algerien, dem Oman, Mauretanien, Russland, dem Iran, China, Armenien, Venezuela, Kuba, Weißrussland, Südafrika, Ecuador, Nicaragua und Bolivien verfolgten die Wahlen im Land.

RT fragte Schaaban nach den internationalen Wahlbeobachtern bei der syrischen Wahl, da die wahlbeobachtenden Länder in den sogenannten westlichen Mainstream-Medien "Schurkenstaaten" genannt worden sind.

"Wir sollten neu definieren, was international ist. Bis vor Kurzem glaubte der Westen, dass die westlichen Länder Repräsentant der internationalen Gemeinschaft sind. Nun möchten wir Sie wissen lassen, dass wir glauben, dass China, Russland, Indien, Kuba, Venezuela, der Iran usw. unsere internationale Gemeinschaft sind. Der Westen hält sich für die einzige glaubwürdige Partei. Das ist längst vorbei. Heute ist der Westen für uns der koloniale Westen", so Schaaban.

Einige Länder wie die Türkei, Saudi-Arabien und Deutschland hatten im Vorfeld der Wahlen in Syrien syrischen Flüchtlingen und Auswanderern in ihren jeweiligen Ländern keine Teilnahme an der Präsidentschaftswahl in deren Heimatland erlaubt. Das Außenministerium in Damaskus hatte darauf scharf reagiert: Nur die Syrer hätten das entscheidende Wort bei den Wahlen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b1108ab480cc7e616499eb.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. Mai 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

(Es folgt eine genaue Aufstellung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

Beschossen wurden **Shelobok** und **Golubowoskoje** unter Einsatz von Granatwerfern und Schusswaffen. Insgesamt wurden **51 Geschosse** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **USA stellen Flüge über Weißrussland ein und verhängen Sanktionen**

Die Sprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki hat nach der erzwungenen Zwischenlandung eines Passagierflugzeugs in Minsk Strafmaßnahmen gegen Weißrussland angekündigt.

Dem Statement vom Freitag zufolge wird die US-Regierung am 3. Juni Sanktionen gegen neun weißrussische Staatsbetriebe wieder in Kraft setzen und gemeinsam mit der EU und anderen Partnern gezielte Strafmaßnahmen gegen Verantwortliche aus dem Umfeld von Präsident Alexander Lukaschenko vorbereiten.

Washington sprach außerdem eine Reisewarnung für Weißrussland aus und setzte das bilaterale Luftverkehrsabkommen aus dem Jahr 2019 aus. Es berechnete US-amerikanische und weißrussische Zivilflugzeuge unter anderem dazu, die Hoheitsgebiete der beiden Länder ohne Landung zu überfliegen. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/01/1931840_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_c82da6549ce71e638f3199cc75946405.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Mai 3:00 Uhr bis 29. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Shabunki, Staromichajlowka.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 17.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: "Beteiligt an Völkermord": Volksrepublik Lugansk ermittelt gegen Protassewitsch wegen Kriegsgräueln

Die Generalstaatsanwaltschaft der nicht anerkannten Volksrepublik Lugansk hat ein Strafverfahren gegen den in Weißrussland wegen des Verdachts der Organisation von Massenunruhen gefassten Roman Protassewitsch eingeleitet – wegen Terrorismus, Kriegsverbrechen und Völkermord.

Ein eigenes Strafverfahren gegen Roman Protassewitsch, der zuvor in Weißrussland vom Ryanair-Flug RYR1 TZ genommen und wegen Verdacht der Organisation von Massenunruhen festgenommen wurde, hat nun auch die nicht anerkannte Volksrepublik Lugansk eröffnet. Jüngst wurde seine Mitgliedschaft im ukrainischen Freiwilligenbataillon "Regiment Asow" breit in den Medien thematisiert, dem er im Sommer 2014 beitrug. Diese neonazistische paramilitärische Organisation ist in der Volksrepublik im Südosten der Ukraine als terroristisch eingestuft; auch in den USA gab es im Oktober 2019 eine Initiative, sie in

eine entsprechende Liste des US-Außenministeriums einzutragen.

Nach Angaben der Lugansker Justizbehörde nahm Protassewitsch vom Sommer 2014 bis zum Winter 2015 als "Söldner" im "Regiment Asow" an den Kampfhandlungen im Donez-Becken teil, wo die paramilitärische Gruppierung nachweislich zahlreiche Verbrechen beging. Dem ehemaligen Chefredakteur des weißrussischen oppositionellen Telegram-Kanals NEXTA persönlich werden nun Mitgliedschaft bei einer terroristischen Vereinigung sowie Völkermord und Einsatz von Massenvernichtungswaffen vorgeworfen. Dies geht aus einer Mitteilung hervor, die auf der Website der Generalstaatsanwaltschaft der LVR veröffentlicht wurde. Die Gesetzeshüter stellen fest, dass Protassewitsch im Sommer 2014 freiwillig dem ukrainischen Bataillon "Asow" beitrug und bis zum Winter 2015 in der Funktion als stellvertretender Nachrichtenkommandeur der zweiten Stoßkompanie des Bataillons "Asow" an den Kämpfen im Donbass teilnahm:

"So beging Roman Dmitrijewitsch Protassewitsch unter Einsatz von schweren Waffen (einer Kanone des Typs MT-12, einer Haubitze des Typs D-30, Mörsern, Flugabwehr-Maschinenkanonen) eine Reihe besonders schwerer Verbrechen: Er führte Beschüsse von Siedlungen der Volksrepublik Donezk durch, die zu Todesopfern unter und Verletzungen bei Zivilisten sowie zur Zerstörung und Beschädigung der zivilen Infrastruktur führten."

Neben der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wird Protassewitsch als Mitglied des Bataillons verdächtigt, durch internationale Verträge verbotene Kampfmittel und -Methoden sowie Massenvernichtungswaffen eingesetzt und Akte des Völkermords (mit) begangen zu haben.

Organisator und Koordinator von Massenunruhen

Die Tatsache, dass Protassewitsch im Donbass auf der Seite der bewaffneten Gruppierungen der Ukraine kämpfte, wurde auch vom Leiter des KGB von Weißrussland, Iwan Tertel, am 26. Mai betont:

"Unbestreitbar entspricht diese Person vollständig der Definition eines Terroristen, eines Milizsöldners, eines Teilnehmers an blutigen Ereignissen als Teil des berüchtigten "Asow"-Bataillons im Zusammenhang mit Gräueltaten und dem Tod von Zivilisten im Südosten der Ukraine. [...] Das sind nicht nur unsere Daten und Daten der Ermittlung, sondern auch die in den Medien dargelegten Fakten samt persönlichen Geständnissen seitens Protassewitsch."

Zwar haben die weißrussischen Sicherheitsbehörden eigene Vorwürfe gegen Protassewitsch erhoben – sie ließen nach ihm wegen Extremismus und Organisation von Massenunruhen fahnden. Doch gerade bei diesen seinen auf Weißrussland bezogenen Aktivitäten "wandte [er] die in der Ukraine gewonnenen Erfahrungen aktiv an", so der Leiter des Geheimdienstes. Zuvor erklärte der Führer der ukrainischen Partei "Nationales Korps" Andrei Bilezki, Protassewitsch sei zwar in der Tat bei den Kämpfen im Donbass dabeigewesen, unter anderem in Schirokino – aber angeblich als "Journalist". Seine Waffe sei nicht das Sturmgewehr gewesen, sondern "das Wort". Protassewitsch selbst behauptete, er habe im Donbass im Kriegsgebiet als Journalist gearbeitet.

Im Netz kursieren jedoch Lichtbilder, die einen jungen Mann zeigen, der wie Protassewitsch aussieht – und zwar in Militäruniform mit einem "Asow"-Abzeichen und einer Waffe in den Händen. Nach Angaben des weißrussischen KGB von seien diese Fotos bei einer Sichtung von Protassewitschs eigenem Smartphone vorgefunden worden.

Laut Medienberichten reiste Roman Protassewitsch im Jahr 2014 in die Ukraine, wo er einen aktiven Teilnehmer des "Maidan" namens Igor Gus traf. Auf dessen Anregung hin schloss sich der Mann freiwillig dem Bataillon "Asow" an – und durchlief eine spezielle Ausbildung.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b1dfc148fbef1ffa120c8d.jpg>

de.rt.com: **Moskau: USA befeuern grundlos territorialen Streit im Fernen Osten Russlands**

Ein US-Kriegsschiff, das in russische Gewässer eindrang und einen diplomatischen Streit auslöste, sei Teil der US-Bemühungen, Russlands Grenzen neu zu ziehen. Das behauptet einer der ranghöchsten russischen Sicherheitsbeamten.

Laut General Wladimir Kulischow, dem ersten stellvertretenden Direktor des Inlandsgeheimdienstes (FSB) und Leiter des russischen Grenzdienstes, seien Washingtons Bemühungen, die russische Souveränität in der Peter-der-Große-Bucht vor dem Japanischen Meer infrage zu stellen, ohne Grundlage. Das erklärte er gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Kulischow betonte:

"Amerikas Ansprüche sind völkerrechtlich nicht gerechtfertigt."

Gleichzeitig bezeichnete Kulischow einen Vorfall im November letzten Jahres, als der Zerstörer der US-Marine John McCain in russischen Hoheitsgewässern abgefangen wurde, als "eine Verletzung der Staatsgrenze der Russischen Föderation".

Das Kriegsschiff wurde zwei Kilometer innerhalb der russischen Gewässer aufgegriffen. In einer offiziellen Erklärung von russischen Beamten hieß es damals, das Schiff habe die Staatsgrenze verletzt. Das US-Kriegsschiff wurde vom russischen Zerstörer Admiral Winogradow, der das amerikanische Schiff verfolgt hatte, "vor der Unzulässigkeit seiner Aktionen gewarnt". In der Erklärung hieß es weiter, dass die russische Besatzung ihren US-Kollegen mitgeteilt hätte, dass "die Möglichkeit besteht, auf das Rammen zurückzugreifen, um den Eindringling aus dem Gebiet zu drängen".

Die US-Marine bestand jedoch darauf, dass ihre sogenannte "Freedom-of-Navigation-Operation die im internationalen Recht anerkannten Rechte, Freiheiten und rechtmäßigen Nutzungen des Meeres aufrechterhielt, indem sie Russlands übermäßige maritime Ansprüche infrage stellte". Wobei anzumerken ist, dass die USA die entsprechende Konvention der Vereinten Nationen weder unterzeichnet noch ratifiziert haben.

Washington macht geltend, dass die Peter-der-Große-Bucht, in der die McCain segelte, 1984 von der UdSSR unrechtmäßig beansprucht wurde. Seitdem hält Moskau an der sowjetischen Demarkation der Gewässer fest, die durch das Ziehen einer geraden Linie zwischen beiden Seiten seiner Küstenlinie bestimmt wurde.

Kulischow hob außerdem hervor, dass Moskau Maßnahmen ergreife, "um jegliche provokative Handlungen in strikter Übereinstimmung mit den Normen des internationalen Rechts und der russischen Gesetzgebung zu unterdrücken".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b1ef7fb480cc3f923cb44a.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 29. Mai um 9:00 Uhr 4723 Fälle von Coronavirusinfektion registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 4115 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 437 Todesfälle.

de.rt.com: **USA verhängen Sanktionen gegen weißrussische Regierungsmitglieder**

Wie bereits von US-Präsident Biden angekündigt, setzen die USA auf wirtschaftliche Sanktionen, um die weißrussische Regierung unter Druck zu setzen. Das Ziel der USA sind neu aufgesetzte Präsidentschaftswahlen in Weißrussland – "unter Aufsicht und Beobachtung der OSZE".

Die US-Regierung unter Präsident Joe Biden hat gestern eine Liste von Sanktionen gegen führende Mitglieder der weißrussischen Regierung verhängt. Dies erfolgte nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters als Teil der angekündigten Reaktionen auf die erzwungene Landung der Ryanair-Maschine am Sonntag in Minsk und der Verhaftung des Bloggers Roman Protassewitsch, der in Weißrussland als Terrorist gesucht wurde.

Die Sprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki erklärte, die USA würden darüber hinaus ein Abkommen zwischen Washington und Minsk annullieren, das es zivilen Flugzeugen beider Seiten erlaubte, den Luftraum des anderen Staates zu nutzen. Zudem werden Sanktionen gegen mehrere weißrussische Unternehmen verhängt, US-Bürgern werden wirtschaftliche Interaktionen mit diesen untersagt. Weitere Sanktionen gegen den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko sollen folgen.

In einer Stellungnahme forderte Psaki Lukaschenko auf, eine glaubwürdige internationale Untersuchung der Vorfälle vom 23. Mai einzusetzen, als das Ryanair-Flugzeug auf dem Weg von Griechenland nach Litauen gezwungen wurde in Minsk zu landen. Außerdem solle Weißrussland "unmittelbar alle politischen Gefangenen freilassen und einen umfassenden und echten Dialog mit den Führern der demokratischen Opposition und Gruppen der Zivilgesellschaft starten mit dem Ziel freie und faire Präsidentschaftswahlen unter Aufsicht und Beobachtung der OSZE in dem Land durchzuführen".

Gemeinsam mit der EU, den G7 und der NATO wollen die USA über weitere Sanktionen gegen das osteuropäische Land beraten. Bereits am Dienstag hatte Präsident Biden angekündigt, dass Sanktionen "im Spiel" seien, ohne allerdings Details zu nennen.

Nach den Aussagen Psakis ist den USA vor allem die "Verfälschung" der weißrussischen Präsidentschaftswahlen von 2020 ein Dorn im Auge. Diese hatte Lukaschenko mit über 80

Prozent der Stimmen für sich entscheiden können. Es kam im Kontext der Wahlen zu zahlreichen Protesten, die zum Teil durch weißrussische Sicherheitskräfte gewaltsam niedergeschlagen wurden. Für Psaki waren dies eindeutige Beispiele von "Menschenrechtsverletzungen".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b1e8e2b480cc2de22ea50f.jpg>

Mzdnr.ru: Am 28. Mai wurden in der DVR 610 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 220 positiv, bei 45 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. Am 29. Mai um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 38.734 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

4429 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 31.401 als gesund entlassen, es gibt 2904 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 106 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 21 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 85 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1680 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 698 mit Sauerstoffunterstützung (+31 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 7 Express-tests 4 Patienten entdeckt, die bereits eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1701 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Pakistan Stream: Moskau und Islamabad vereinbaren Bau einer Gaspipeline**

Moskau und Islamabad haben ein Abkommen über den Bau von Pakistan Stream unterzeichnet. Die Pipeline wird Flüssiggas-Terminals in den Häfen von Karatschi und Gwadar im Süden Pakistans mit Kraftwerken und Industriegasverbrauchern in Lahore im Norden des Landes verbinden.

Am Freitag hat das Energieministerium Russlands erklärt, der russische Energieminister Nikolai Schulginow und der pakistanische Botschafter in Moskau Shafqat Ali Khan hätten ein Abkommen über den Bau der Gaspipeline Pakistan Stream unterzeichnet. Schulginow wörtlich:

"Mit der Unterzeichnung können unsere Unternehmen in naher Zukunft mit der praktischen Umsetzung des Projektes beginnen, das der pakistanischen Seite helfen wird, ihre eigene Energiesicherheit zu stärken und den Einsatz von Erdgas als umweltfreundliche Energiequelle zu erhöhen."

Nach Angaben des russischen Ministeriums werden die Bauarbeiten voraussichtlich im Juli beginnen. Die genauen Daten sowie die geschätzten Kosten können jedoch noch nicht bekannt gegeben werden.

Die Gaspipeline soll 1.100 Kilometer lang sein und ihre Durchsatzkapazität 12,4 Milliarden

Kubikmeter Gas pro Jahr betragen. Die Pipeline wird Terminals für die Aufnahme von Flüssiggas in den Häfen von Karatschi und Gwadar im Süden Pakistans mit Lahore im Norden des Landes verbinden. Dort müssen Flüssiggas-Kraftwerke gebaut werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b10602b480cc7e5d1432c1.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Deutsche Wirtschaft investiert Milliarde Euro in Russland und hofft auf Ende der Sanktionsspirale**

Die deutsche Wirtschaft in Russland hofft auf ein baldiges Ende der Sanktionsspirale in den Beziehungen zwischen der EU und Russland, teilte die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) vor dem St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum (SPIEF) mit.

Trotz der Corona-Krise sowie „politischer Turbulenzen“ investierten deutsche Firmen demnach im ersten Quartal dieses Jahres 1,1 Milliarden Euro in Russland. Nach einer Stagnation 2020 gebe es wieder einen Aufschwung.

„Der gute Trend hoher deutscher Investitionen in Russland, der in Vor-Corona-Zeiten erkennbar war, setzt sich fort“, zitiert die AHK ihren Vorstandsvorsitzenden Matthias Schepp. Auch der deutsch-russische Handel war im März erstmals in diesem Jahr wieder auf Erholungskurs. Die deutschen Exporte nach Russland stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,3 Prozent, hieß es vom Statistischen Bundesamt. Die Importe aus Russland sind um 13,6 Prozent gewachsen.

Nach Angaben der AHK gehören die gegenseitigen Sanktionen aber zu den größten Herausforderungen in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

„Die traditionelle AHK-Geschäftsklimaumfrage unter unseren 1000 Mitgliedsunternehmen zeigt, dass die deutsche Wirtschaft in Russland auf ein Ende der Sanktionsspirale hofft“, sagte Rainer Seele, Präsident der Handelskammer.

Der Appell, „noch stärker auf ernsthaften Dialog zu setzen, um die Streitfragen zu lösen“, richte sich an Politiker in Russland, in der EU und in den USA.

Das St. Petersburger Internationale Wirtschaftsforum (SPIEF) findet vom 2. bis 5. Juni statt. Deutschland ist dabei mit hochrangigen Global-CEOs und Politikern vertreten. Aus Seeles Sicht ist das ein Zeichen dafür, wie wichtig Russland für die deutsche Wirtschaft und umgekehrt auch, wie wichtig Deutschland für Russland ist.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/1d/2292330_0:384:2890:2010_1280x0_80_0_0_e08fe3ee93e24d36e8e6c971be97e0e.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.05.2021**

In den letzten 24 Stunden, vom 28. auf den 29. Mai, wurden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade auf Befehl Martschenkos von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus sieben Granaten mit Antipanzergrenatwerfern auf **Staromichajlowka** abgefeuert, außerdem haben die Kämpfer großkalibrige Maschinengewehre eingesetzt.

Strafsoldaten aus dem 16. Bataillons der 58. Brigade unter Kommando des Brigadekommandeurs Kaschtschenkos von den Positionen im Gebiet von Peski aus unter Einsatz von 82mm-Mörsern **Shabunki** beschossen und zehn Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 8. Bataillons der 10. Brigade **Schirokaja Balka** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen und fünf Granaten abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die BFU 20 Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Häusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert. Diese Sachverhalte werden auch von Beobachtern der OSZE-Mission bestätigt.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

15 Schützenpanzer und drei Panzertransporter in Wohngebieten von Nowotroizkoje.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgsschirmbrigade:

ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Kodema.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe von Wohnhäusern in Awdejewka.

Die ukrainische Seite behindert weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert.

Es wurde festgestellt, dass um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10. Brigade zu

verhindern, aktiv **Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“** aus dem Bestand einer mobilen Gruppen des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Sewernoje eingesetzt wurden.

In der OOS-Zone geht die Arbeit einer **Inspektionsgruppe der OSZE unter Leitung der Generalsekretärin in Europa H. Schmid** weiter. Die Vertreter der OSZE sind nach wie vor von den Beschränkungen für das Monitoring durch die ukrainischen Streitkräfte beunruhigt. Besonders rufen die anhaltenden Maßnahmen der ukrainischen Kämpfer zur Blockade von Leitungssignalen von Drohnen die Empörung von H. Schmid hervor, diese können aufgrund des Einflusses von Mitteln der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte das Mandat der Mission nicht in vollem Umfang erfüllen. Außerdem weigert sich die ukrainische Seite bis heute, den materiellen Schaden, der durch die Beschädigung von zwei Langstreckendrohnen der OSZE im Gebiet von Stepanowka entstanden ist, zu ersetzen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte setzt die Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** fort, was direkt Leben und Gesundheit der Einwohner gefährdet.

So ist nach Angaben unserer Beobachter am 24. Mai die Arbeit einer technischen Pioniergruppe des 109. Bataillons der 10. Brigade zur Verminung einer Örtlichkeit in der Nähe von Shelesnoje bemerkt worden.

Am 25. Mai haben Kämpfer im Verantwortungsbereich der 28. Brigade 15 Antipanzermine TM-62 quer über eine allgemeine Straße an der Ausfahrt aus Marjinka installiert; im Verantwortungsbereich der 128. Brigade wurden auf Äckern im Gebiet von Gnutowo 17 Antipanzermine installiert.

Am 26. Mai arbeitete im Verantwortungsbereich der 5. bataillonstaktischen Gruppe der 81. Brigade eine technischer Gruppe, um zusätzlich zehn Antipanzermine TM-62, sechs Antipersonenminen PNM-2 in der Nähe der Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje zu installieren;

im Verantwortungsbereich der 128. Brigade der BFU in den Gebieten von Pischtschewik und Pawlopol wurde die Installation von mehr als 850 Antipanzermine festgestellt.

Am 27. Mai wurden im Verantwortungsbereich der 93. Brigade 20 Antipanzermine TM-62 am östlichen Rand von Bogdanowka installiert.

In den letzten 24 Stunden wurde die Installation von fünf Antipanzermine TM-62 am östlichen Rand von Beresowoje festgestellt.

Im Verlauf der Woche haben Beobachter der OSZE-Mission die Installation von 913 Sprengeneinrichtungen durch Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte bestätigt.

Die Sendung von Reportagen der Fernsehsender „Donbass.UA“ und „5. Kanal“ über die Situation an der Front im Verantwortungsbereich der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte mit der Demonstration von technisch nicht ausgestatteten Positionen veranlasste das Kommando der OOS, zu einer Kontrolle in dem Verband der ukrainischen Streitkräfte einzutreffen.

Wir haben die Arbeit einer Inspektionskommission aus Offizieren des Stabs der OOS unter Führung des Leiters des Stabs der OOS Kidon und des stellvertretenden Kommandeurs der OOS Moskalew festgestellt.

Bei der Arbeit der Kommission des Stabs der OOS wurden eine Reihe von Defiziten festgestellt: auf den Zugstützpunkten fehlen Feuerlöscher, die Schützengräben sind nach ergiebigem Regen unterhöhlt, an einzelnen Abschnitten sind Tarnnetze aus gebleichtem Netzstoff vorhanden, die zur Tarnung im Winter verwendet werden. Außerdem wird gesondert angemerkt, dass die Soldaten in Häusern wohnen, die zeitweilig von friedlichen Einwohnern verlassen wurden, außerdem ist Technik in Höfen und Wirtschaftsgebäuden stationiert.

Nach Materialien der Ermittlung hat der Kommandeur der 10. Brigade Kotlik einen disziplinarischen Verweis wegen geringer Organisation in Fragen der Versorgung der Soldaten mit Quartieren erhalten, was die eigenmächtige Besetzung von Wohnhäusern der friedlichen Bevölkerung befördert.

Allein in Nowgorodskoje haben Kämpfer des 8. Bataillons der 10. Brigade 11 Häuser besetzt und auf dem Gebiet in der Nähe Militärtechnik stationiert.

Der Kommandeur der 10. Gebirgsturmbrigade wurde angewiesen, in kürzester Zeit die Defizite zu beseitigen und das Personal mit Quartieren zu versorgen und dem Kommandeur der OOS eine Fotodokumentation vorzulegen.

In der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte gab es einen Vorfall, der weitere nicht kampfbedingte Verluste nach sich zog.

Nach vorliegenden Informationen detonierten auf einem Übungsplatz der 72. Brigade im Gebiet von Seljonoje Polje bei einer Notfallbremsung eines Ural-Lastwagens Geschosse, die sich im Laderaum befanden.

Es wird mitgeteilt, dass von einem Raketenartilleriewaffenlager der Transport von 50 Antipersonenminen PMN-2 und 20 Kisten mit 120mm-Mörsergeschossen auf den Übungsplatz des Verbandes im Gebiet von Selonoje Polje erfolgte, um sie dann auf die Einheiten zu verteilen.

Nach Materialien der Ermittlung ereignete sich die Detonation infolge der Verletzung von Regeln zur Verladung von Munition. Die Verluste unter den ukrainischen Kämpfern werden noch ermittelt. Derzeit ist von einem Verletzten bekannt, dem Soldaten Sawtschuk, der mit einer Splitterverletzung am Kopf in ein Krankenhaus von Krasnoarmejsk eingeliefert wurde.

Im Zusammenhang mit der Aktivierung der **Tätigkeit von Spezialdiensten der Ukraine, um Einwohner von frontnahen Ortschaften der DVR anzuwerben** und auf das kontrollierte Territorium zu locken, rufen wir zu Wachsamkeit und Vorsicht gegenüber verschiedensten Arten von Vorschlägen zur gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit von Ihnen unbekannten Personen auf. Besonders muss die heranwachsende Generation aufmerksam sein, die einen erheblichen Teil der Zeit in sozialen Netzwerken verbringt.

Ich merke an, dass die ukrainische Regierung das Ziel verfolgt, mit beliebigen Mitteln über vom SBU kontrollierte Strukturen Bürger vom Territorium der Republik zu locken, um Druck auf die Verwandten auszuüben und in ihrem Interesse zur Zusammenarbeit zu bringen.

de.rt.com: **Mali: Putschistenführer Assimi Goïta übernimmt Präsidentenamt**

Das malische Verfassungsgericht hat am Freitagabend Oberst Assimi Goïta zum neuen Übergangspräsidenten erklärt. Der Militär soll nun den Übergangsprozess im westafrikanischen Staat zu Ende führen. Im Krisenstaat sind seit Jahren islamistische Terrorgruppen aktiv.

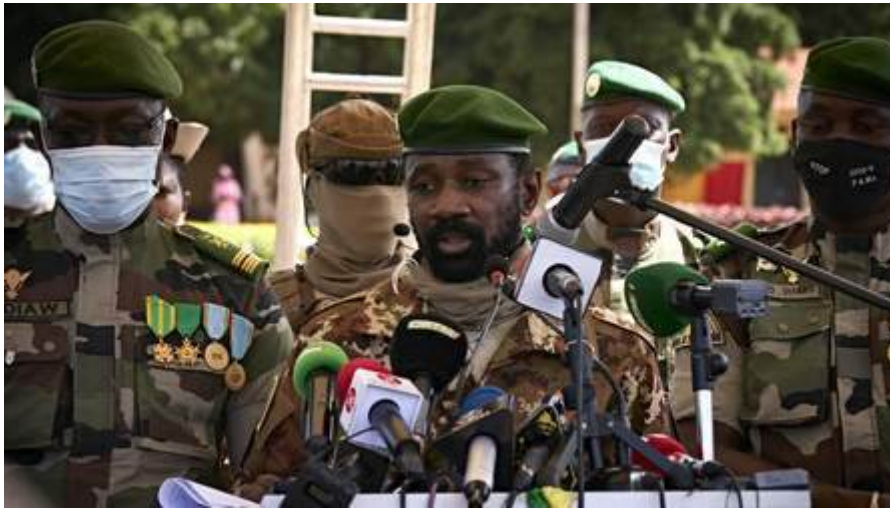
Mali hat jetzt einen neuen Übergangspräsidenten. Am Freitagabend hat das Verfassungsgericht des westafrikanischen Krisenstaats Oberst Assimi Goïta die Amtsgeschäfte übertragen. Wie es im entsprechenden Erlass hieß, solle das Militär nun den "Übergangsprozess bis zum Ende führen". Zuletzt war er schon Vizepräsident.

Im August 2020 hatte Goïta einen Militärputsch gegen den gewählten Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta geführt. Nach dem Sturz der Regierung am 18. August wurde der Putschistenführer zum Vizepräsidenten ernannt, während der frühere Verteidigungsminister Bah N'Daw am 21. September zum Übergangsstatschef wurde. Die Rückkehr zur Zivilherrschaft in Mali hätten eigentlich N'Daw und sein Premierminister Moctar Ouané sicherstellen sollen. Am 24. Mai 2021 wurden sie aber zwischenzeitlich vom malischen Militär festgenommen. Die internationale Gemeinschaft einschließlich der Vereinten Nationen verurteilte ihre Inhaftierung. N'Daw und Ouané wurden inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Goïta begründete die vorübergehende Festnahme der Politiker mit mutmaßlichen Verstößen gegen die im August verabschiedete Übergangscharta. Am 26. Mai teilte das malische Militär mit, N'Daw und Ouané hätten ihren Rücktritt eingereicht. Einige Stunden später erklärte Goïta, er habe das Präsidentenamt übernommen.

Die EU ist in Mali seit dem Jahr 2013 mit einer militärischen Trainingsmission aktiv. Auch

die Bundeswehr ist im afrikanischen Land mit mehreren Hundert Soldaten im Einsatz. Das Ziel der EU-Mission ist es, die Streitkräfte in der Region durch Beratung und Ausbildung so zu unterstützen, damit sie Bedrohungen durch terroristische Gruppen effektiv entgegentreten können. In dem instabilen Krisenstaat sind seit Jahren islamistische Terrorgruppen aktiv.



<https://cdn.rttom.com/deutsch/images/2021.05/article/60b20b2948fbef181c0b477e.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 29. Mai 2021

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

Beide Fälle wurden in **Richtung Slawjanoserbsk** festgestellt, wo Kämpfer der 14. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Wojtschenko die Gebiete von **Shelobok** und **Golubowskoje** mit Granatwerfern beschossen und 30 Granaten abgefeuert haben. ...

abends:

de.rttom.com: Pentagon-Berater: Wir müssen das taiwanesisches Militär in irregulärer Kriegführung trainieren

Am Mittwoch erklärte ein Top-Berater Joe Bidens, die "Ära der Zusammenarbeit mit China" sei vorbei. Nun wurde die neue Strategie offenbart: die Ausbildung der taiwanesischen Armee in irregulärer Kriegführung und zur Abwehr einer "amphibischen Landung des Feindes". Christopher Maier wurde von US-Präsident Joe Biden als höchster ziviler Berater des US-Verteidigungsministeriums im Bereich Spezialoperationen und unterschweligen Konflikten nominiert.

In der offiziellen Senatsanhörung zu seiner Nominierung betonte Maier, der bisher schon die "Defeat-ISIS Task Force" geleitet hatte und als ziviler Berater des Verteidigungsministeriums in Sachen Terrorbekämpfung tätig gewesen war, in welche Richtung er seine Rolle interpretieren wird: Das Pentagon solle umgehend spezielle Militärberater nach Taiwan verlegen, um das taiwanesisches Militär in der sogenannten irregulären Kriegführung sowie darin zu trainieren, eine "amphibische Landung" durch das chinesische Militär zurückzuschlagen.

Vom republikanischen Senator Josh Hawley (Missouri) gefragt, wie er beabsichtige, der "chinesischen Aggression" zu begegnen, antwortete Maier, man müsse primär Taiwan in den Bereichen ausrüsten, in denen das chinesische Militär keinen Vorteil habe und "sie nicht

einmal daran gedacht haben":

"Wenn es so etwas wie einen militärischen Vorteil der Chinesen gibt, gibt es ebenso Möglichkeiten für Widerstandsnetzwerke oder andere Optionen, die wir aufbauen können gegen eine mögliche amphibische Landung des Feindes."

Maiers Nominierung und seine klaren Aussagen erfolgen in einer Phase, in der die Biden-Administration auf eine verstärkte rhetorische und politische Konfrontation mit der Volksrepublik China setzt und die militärische Präsenz der USA im Südchinesischen Meer verstärkt. Einer von Bidens führenden Beratern für den asiatischen Raum, Kurt Campbell, machte am Mittwoch klar, dass die "Ära der Zusammenarbeit mit China" für die USA vorbei sei. Stattdessen sei das "dominante Paradigma" nun der "Wettkampf".

Die Insel Taiwan erfährt dabei wachsendes Interesse der USA. Schon unter dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump waren die Kontakte zwischen Washington und Taipei, wo der Sitz der taiwanesischen Regierung ist, intensiviert worden. Die Biden-Administration knüpft daran unmittelbar an.

Aus Sicht der Volksrepublik China handelt es sich dabei um eine Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten, bei der sie "keine Einmischung von außen tolerieren" werde. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian betonte in Richtung der USA, aber auch Südkoreas, das in letzter Zeit größere Aktivitäten in Richtung Taiwan unternommen hatte, das sie "nicht mit dem Feuer spielen" sollten:

"Die Taiwan-Frage ist vollkommen eine innerchinesische Angelegenheit. [...] Die Einmischung durch Kräfte von außen ist inakzeptabel."

Taiwan ist eine Insel im südchinesischen Meer, auf der gegenwärtig über 23 Millionen Menschen leben. Nach dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs und dem Sieg der sozialistischen Revolution unter Mao Zedong wurde Taiwan der letzte Rückzugsort für die geschlagene und von den USA unterstützte Kuomintang unter Chiang Kai-shek. Auf der Insel wurde als Gegenmodell zur Volksrepublik China auf dem Festland die "Republik China" gegründet.

Die VR China verfolgt seitdem die sogenannte Ein-China-Politik, in deren Rahmen der sie politische und ökonomische Sanktionen gegen alle Staaten verhängt, die die "Republik China" anerkennen. Aus Sicht der VR China ist die Taiwan-Frage ein innenpolitisches Problem Chinas.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/60b242a748fbef174d07b435.JPG>